

Beschluss des Landrats vom 03.06.2021

Nr. 952

48. Vollzugshilfe für die Baselbieter Gemeinden im Klimawandel 2020/420; Protokoll: mko

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) informiert, dass der Regierungsrat bereit sei, das Postulat entgegen zu nehmen.

Rolf Blatter (FDP) sagt, dass das Thema sehr gut in die Diskussion um das CO₂-Gesetz passe. Aus dieser Diskussion weiss man – und es ist einigermaßen wissenschaftlich nachgewiesen – dass in der ganzen Schweiz 1 Promille (oder 0,1 %) der weltweiten Treibhausgase ausgestossen werden. Wird dieser Wert dividiert durch die rund 3'000 Gemeinden, landet man bei etwa einem Millionstel. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass das Klima weder ein Baselbieter noch ein Schweizer sondern ein globales Thema ist. Wenn einzelne Gemeinden noch jemanden auf Kosten der Allgemeinheit anstellen möchten, der Massnahmen beschliesst und umsetzt, können sie das tun. Dass der Kanton Hand bietet und jemanden anstellt, der ihnen dabei hilft, ist unnötig. Aus dem Grund lehnt die FDP das Postulat ab.

Ursula Wyss Thanei (SP) hat festgestellt, dass ihr Anliegen etwas missverstanden wurde, weshalb sie etwas ausführlicher erklären möchte, worum es ihr geht. Es geht darum, den Gemeinden ein Basiswissen abrufbar zur Verfügung zu stellen und den Erfahrungsaustausch unter den Gemeinden zu fördern. Im Lauf der Beratung des «Statusberichts Klima» oder des Kantonalen Richtplans hat man gesehen, dass Gemeinden wichtige Partnerinnen bei der Umsetzung von Vorgaben des Kantons, dem Vollzug der kantonalen Zielsetzungen in ihrem Zuständigkeitsbereich sind. Dies trifft besonders zu bei Massnahmen im Bereich Klimaanpassungen und Klimaschutz. Der Statusbericht Klima weist ausdrücklich darauf hin, dass der Kanton Gemeinden sensibilisieren, miteinbeziehen, informieren und unterstützen muss. Dafür stellt er auch Ressourcen zur Verfügung. Viele Gemeinden stehen nun vor derselben Herausforderung. Es kommt eine anspruchsvolle Aufgabe auf sie zu und sie sollen aus dem ganzen Strauss an Massnahmen jene aus ihrem kommunalen Handlungsbedarf wählen. Sie müssen sie beurteilen, priorisieren, politisch verantworten und bei Umsetzung allenfalls reglementarische Grundlagen erarbeiten. Um diese Aufgaben fachgerecht und – wenn es denn so ist – im Alleingang zu erledigen, brauchen sie personelle und finanzielle Ressourcen. Damit könnte jede Gemeinde ihr eigenes Fachwissen einkaufen. Es gibt natürlich Möglichkeiten wie Gemeindeverbund oder Beitritt zum Energiestadtlabel, um auf Synergien zurückgreifen zu können. Verbünde sind hilfreich, können aber auch schwerfällig sein, wobei auch dort ein Grundwissen nicht schadet. Das Energiestadtlabel wäre sicher hilfreich; die Realität zeigt jedoch, dass weniger als 20 % der Gemeinden zertifiziert sind.

Können die Gemeinden hingegen ein kantonales Grundwissen abrufen, können sie auch spezifischer entscheiden, wo sie noch Informationen benötigen und somit sich diese gezielt beschaffen. Rolf Blatter hat Unrecht, wenn er sagt, dass der Kanton speziell jemanden anstellen müsste. Das Fachwissen ist nämlich vorhanden, in den kantonalen Fachstellen könnte ein Basiswissen angeboten werden. Es ist sicher effizienter, wenn eine Person oder eine Stelle dieses erarbeitet und zur Verfügung stellt. Dies gäbe den Gemeinden auch die Möglichkeit, ihre Handlungsoptionen fachgerecht einzuschätzen und zu beurteilen, was gerade nötig ist. Dabei können sie auch Weichen für die Zukunft stellen.

Ebenfalls wichtig ist der Zeitfaktor. Viele Gemeinden sind jetzt an der Richtplanung oder den Zonenplänen, wobei sie vorhandene Informationen dafür nutzen könnten. Die Vollzugshilfe bietet Unterstützung bei der Planung und bei der Umsetzung. Sie schränkt die Gemeindeautonomie nicht

ein – im Gegenteil, sie stärkt sie und gibt den Gemeinden die Möglichkeit, im Rahmen ihrer Autonomie fachgerecht und situationsgerecht zu handeln.

Ein Wort über CO₂ und Treibhausgas: Es sind nicht nur Klimaschutzmassnahmen, welche die Gemeinden demnächst beschäftigen werden, sondern auch Klimaanpassungsmassnahmen wie z. B. eine Beurteilung, wie sich der Hitzeinsel-Effekt künftig vermindern lässt und dafür zu sorgen, dass auch dichtbesiedelte Regionen angenehmer zu bewohnen sind. Deshalb ist es zu eng gesehen, wenn man meint, dass es nur um die Treibhaus-Thematik gehe. Es geht um den Klimaschutz *und* um Klimaanpassungen.

Peter Hartmann (Grüne) unterstützt namens der Grüne/EVP-Fraktion die Überweisung des Postulats einstimmig. Klimaschutz geht alle etwas an – und eben auch alle Ebenen (und nicht nur die Bundesebene). Warum ist der Einbezug des Kantons in den Gemeinden sinnvoll? Er hat ein Interesse daran, dass auch auf Gemeindeebene aktiv Klimaschutz betrieben wird, auch wenn das aus Sicht von Rolf Blatter vielleicht nur ganz kleine Mosaiksteinchen sind. Eine Anleitung und Umsetzung aus einem Guss, abgestimmt und ganzheitlich, ist aus Sicht der Grüne/EVP-Fraktion sinnvoll.

Andi Trüssel (SVP) staunt immer wieder über den Ausdruck «Klimaschutz» und fragt sich, was man denn da eigentlich schützen möchte? Das Klima kann man höchstens beeinflussen, schützen kann man es nicht.

Wenn man das von Rolf Blatter genannte Promille in einem weltweiten Kontext umrechnet, kommt man für die Schweiz auf 10 Stunden CO₂-Ausstoss – und die Sache ist erledigt. Für das Baselbiet reichen schon 22 Minuten. Für Frenkendorf 20 Sekunden. Der Eindruck besteht, dass hier wieder etwas hochstilisiert werden soll, obwohl man das Energiestadtlabel schon hat. Scheinbar ist es aber gar nicht so gefragt. Deshalb möchte man wieder etwas Neues mit wieder etwas mehr Staat aufgezogen haben. Schon bei der Umlegung von Landwirtschafts- ins Bauland möchte man Einfluss nehmen. Wie soll das gehen? Mit Chinaschiff statt Häusern?

Die SVP-Fraktion ist klar für Ablehnung des Postulats.

Markus Dudler (CVP) und die CVP/glp-Fraktion finden es sinnvoll, wenn nicht nur Energiestädte Unterstützung durch eine professionelle Energieberatung erhalten, um ihre Ressourcen gezielt und effizient einsetzen zu können. Gerade für kleine Gemeinden, für die womöglich die Energiestadt nicht der richtige, weil zu aufwendige Weg ist, ist das äusserst sinnvoll und notwendig.

Rolf Blatter (FDP) mit einer kurzen Replik, unter anderem auf das Votum von Ursula Wyss, die gesagt hatte, dass es nicht zuletzt um den Austausch unter den Gemeinden das Thema betreffend gehe. Auch wenn der Votant kommunal nicht politisch tätig ist, weiss er doch, dass es unzählige Plattformen gibt, wo sich Gemeinden untereinander zu allen möglichen Themen austauschen können. Dass man nun noch eine separate Ebene auf tun möchte, um sich dort ausschliesslich über den Klimaschutz zu unterhalten, ist einfach übertrieben.

Auch zum Thema Wissensbasis zum Klimaschutz ist festzuhalten, dass es schon heute unzählige Fachstellen mit Fachwissen gibt – Verbände, Energiefachstellen, Hochschulen bis hin zu Professor Knutti. So viele Leute verfügen über Wissen oder Halbwissen zu diesem Thema, so viel, dass jetzt eine Koordinationsstelle dieses – nicht unumstrittene – Fachwissen für 86 Gemeinden bündeln soll. Das scheint dem Votanten ein unlösbares Thema zu sein. Auch auf der BUD gibt es viel Fachwissen und Abteilungen, die sich damit befassen und schon heute im Kontakt mit den Vertretern der Gemeinden stehen. Auch aus dieser Optik: unnötig. Aus dem Grund lehnt die FDP-Fraktion den Vorstoss ab.

Thomas Noack (SP) sagt, dass man seit 30 Jahren oder noch länger wisse, was auf einen zukomme. Man verdrängt es und macht das tote Männli. In der Folge ist der Schlamassel gross. Man

wird in den Dörfern und Städten zunehmend auch mit Extremereignissen zu tun bekommen. Es wird also nicht nur um Klimaschutz gehen, sondern auch um die Konsequenzen dieser 30 Jahre währenden Untätigkeit. Um mit dieser Situation umgehen zu können, brauchen die Gemeinden Hilfsmittel. Man muss heute schon mit Planen beginnen und in diese Richtung schauen. Der Votant wäre ausgesprochen dankbar, wenn er diese Hilfestellung hätte, weshalb er um Überweisung des Postulats bittet.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) möchte erklären, mit welchem Verständnis der Regierungsrat bereit ist, den Vorstoss entgegen zu nehmen. Zum Votum von Markus Dudler ist festzuhalten, dass der Kanton bereit wäre, die Gemeinden zu unterstützen. Dies heisst aber nicht, dass man sie aus der Verantwortung entlassen würde. Möchte eine Gemeinde Energiestadt werden, soll sie dies weiterhin tun können. Die Karten, die aufgeschaltet und heute bereits angesprochen wurden, sind ein Beispiel für die Anstrengungen, die der Kanton bereits in dieser Sache unternimmt. Es wurde gesagt, dass der Beitrag der Schweiz global gesehen marginal sei. Das stimmt in absoluten Zahlen durchaus. Entsprechend könnte man daraus schliessen, dass der Beitrag der Gemeinde erst Recht vernachlässigbar sei. Dies übersieht aber, dass alle in der Verantwortung stehen. Es wäre ein kapitaler Fehler, die Hände in den Schooss zu legen und nichts zu tun, nur weil der Beitrag klein ist. Würden das alle tun (denn alle Beiträge sind im globalen Massstab klein), würde gar nichts passieren. Das darf man sich nicht leisten. Zudem muss man berücksichtigen, dass der Beitrag der Schweiz in absoluten Zahlen zwar gering, der Beitrag der Schweizerinnen und Schweizer pro Kopf jedoch weltmeisterlich ist. Möchten die anderen Länder denselben Standard wie die Schweiz haben, bräuchte es etwa 7 Erdkugeln mehr. Deshalb gilt dieser Vergleich nicht. Es stehen alle in der Pflicht: Kanton, Gemeinde, Individuen. Der Votant möchte keinem überstürzten Handeln das Wort reden, aber man sollte entschlossen handeln. Dies ist man auch den Nachkommen schuldig. Deshalb ist es richtig, das Thema aktiv anzugehen, ohne die Gemeinden aus der Verantwortung zu entlassen.

://: Mit 45:33 Stimmen wird das Postulat überwiesen.

Landratspräsident **Heinz Lerf** (FDP) möchte die Sitzung vom 3. Juni wie immer mit einem kleinen Hör Tipp beschliessen, auf den ihn heute Reto Tschudin mit seiner Motion «Meldepflicht für Hanfanbau» gebracht hat. Zum Hanf gibt es in der populären Musik viele Geschichten, von denen folgende zwei Songs Zeugnis ablegen. Früher standen diese und ähnliche Songs auf dem Index und durften nicht gespielt werden. Heute ist man etwas weiter. Hanf hat viele Namen: Gras, Hasch, Ganja, Pot. Eine ganz grosse Hanf-Nummer stammt vom Roots-Reggae-Musiker Peter Tosh aus Jamaika, der 1976 postuliert hatte: «Legalize it». Ein zweiter wunderschöner Song, zu hören im Film «Easy Rider» aus dem Jahr 1969, wurde von Elliot Ingber und Larry Wagner geschrieben und thematisiert die wichtigste Regel gemeinsamen Marihuana-Konsums: «Don't bogart that joint, My Friend – pass it over to me».
